Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
In Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 130. **Sonntag** den 10. Mai 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der **diesjährige Leipziger Wollmarkt** wird **am 17. und 18.** Juni auf dem Fleischerplatze hierselbst abgehalten werden; es kann jedoch die Zufuhre und Auflegung der Wolle in herkömmlicher Weise bereits am 16. Juni erfolgen.

Maschinen und Geräthe, welche Beziehung zur Landwirthschaft und Wollproduction haben, können **während des Wollmarktes** daselbst in der Nähe der Waagehäuschen, soweit Platz vorhanden ist, aufgestellt werden.

Leipzig, den 5. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
In. 403. Dr. Georgi. Krumbügel.

Bekanntmachung.

Die Entschädigung für die III. Quote der vom **29. Januar bis mit 6. Februar d. J.** in der **Bismarck-, Colonnaden-, David-, Frankfurter, Hauptmann-, Hiller-, Marschner-, Moscheles-, Plagwitzer, Promenaden-Straße,** im **Schreber-**gäßchen, in der **Schreber-, Sebastian Bach-, Seiten-, West-** und **Wiesenstraße** einquartiert gewesenen Truppen vom **Königlich 7. Infanterie-Regiment Nr. 106** kann in den nächsten 3 Tagen bei unserem **Quartieramte, Naschmarkt Nr. 2, im Erdgeschoß** links, Zimmer Nr. 30 (altes Polizeigebäude) erhoben werden.

Der das Quartierbillet Vorweisende gilt als zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, den 5. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lampecht.

Bekanntmachung.

Die Instandsetzung und Ergänzung der **Fußwege der Wintergartenstraße,** von der Bahnhofstraße bis zu der Taucher Straße, soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Fußwege der Wintergartenstraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 20. lfds. Mts., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 5. Mai 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie. 2226. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Ausführung von **Erd- und Macadamisirungsarbeiten** in der **Carl Tauchnitz-Straße** auf deren Strecke von der südlichen Fluchtlinie der Hedde-Straße bis mit Kreuzung der Pestalozzi-Straße soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Erd- und Macadamisirungsarbeiten in der Carl Tauchnitz-Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 20. lfd. Mts., Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 6. Mai 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie. 2251. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die **Ausführung von Erd- und Macadamisirungsarbeiten in der Carl Tauchnitz-Straße** auf deren Strecke von der Brücke bis zum Anschlusse an den fertiggestellten Theil soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Erd- und Macadamisirungsarbeiten in der Carl Tauchnitz-Straße
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 20. lfd. Mts., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 6. Mai 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie. 2251. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Nach §. 17 der Kirchenvorstands- und Synodalordnung hat Ende Mai dieses Jahres die Hälfte der Mitglieder des hiesigen Kirchenvorstandes auszuscheiden. Es sind dies die Herren Comptoirist Carl **Hartmann,** Steuerinsp. a. D. Louis **Kreutzer,** Kürschner Eduard **Meißner,** Prof. Dr. Rudolph **Seydel.** Für die am Trinitatisfeste, Sonntag den 24. Mai, zu veranstaltende Neuwahl ist zunächst **die Liste der Stimmberechtigten** aufzustellen. Stimmberechtigt sind nach §. 8 der Kirchenvorstands-Ordnung alle selbstständigen Hausväter der Kirchengemeinde, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben, sie seien verheirathet oder nicht, mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unchristlichen Lebenswandel öffentliches, nicht wieder gehobenes Aergerniß gegeben haben, oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind, sowie nach §. 2 des Kirchengesetzes vom 1. December 1876 derjenigen, denen in Folge der Verweigerung der Taufe, Trauung oder Confirmation die kirchlichen Ehrenrechte entzogen worden sind. Es wird nun hierdurch aufgefordert, die **Anmeldung zur Eintragung in die Liste der Stimmberechtigten** unter Angabe von **Namen, Stand, Alter** und **Wohnung bis längstens zum 15. Mai,** Abends 6 Uhr, schriftlich oder mündlich, jedenfalls aber eigenhändig, bez. persönlich, in der Pfarramtsexpedition (Kirchplatz 2, part.) in den Stunden **Vormittags 8 bis** Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags 3 bis 6 Uhr Wochentags zu bewirken, indem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß zur Betheiligung an der Wahl nur Diejenigen berechtigt sind, welche nach rechtzeitiger Anmeldung Aufnahme in die Wählerliste gefunden haben.

Leipzig-Gohlis, am 2. Mai 1891.

Der Wahlausschuß.
Dr. W. Seydel, Pastor.
Vorsitzender.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 13. Mai 1891, Abends 6½ Uhr, im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. **Bericht des Finanz- und Löschausschusses über: Canto 32 „Schauspielhäuser" Pos. 27 des Haushaltplanes für 1891.**
II. **Bericht des Finanz- und Gasausschusses über: Specialbudget „Gasanstalt I und II" Ausgaben Pos. 80 des Haushaltplanes für 1891.**
III. **Bericht des Finanz-, Bau- und Oekonomieausschusses über: die Vorlage, betr. das Nebencanto über die Verbreiterung des Thomasgäßchens auf das Jahr 1889.**
IV. **Bericht des Finanz- und Verfassungsausschusses über: Wahl einer gemischten Deputation behufs Erörterung von Reformen in dem Systeme der Gemeindeanlagen und Ueberweisung der die städtische Grundsteuer betreffenden Petition von Grundstücksbesitzern zur Vorberathung an diese gemischte Deputation.**
V. **Bericht des Finanz- und Verfassungsausschusses über: veränderte Aufstellung des Canto 30 „Markthalle" des Haushaltplanes für 1891 und Begründung von Beamtenstellen bei der Markthalle.**
VI. **Bericht des Finanzausschusses über: a. die Haushaltpläne der Kirchgemeinde Leipzig-Plagwitz auf das Jahr 1891, b. die Haushaltpläne der Kirchgemeinde- und Kirchcasse der Parochie Leipzig-Lindenau auf das Jahr 1891 und Gründung eines 2. Diakonats, c. die Haushaltpläne der Kirchcasse, der Kirchgemeindecasse und der Friedhofscasse der Parochie Leipzig-Connewitz auf das Jahr 1891, d. die Haushaltpläne der Kirch- und Kirchgemeindecasse für die Parochie Kleinzschocher auf das Jahr 1891.**
VII. **Bericht des Schulausschusses über: a. Abhaltung von Hellcursen für stotternde Kinder, b. Canto 6 „Schulen" des Haushaltplanes für 1891.**
VIII. **Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über: a. Ausführung von Standinseln, Nr. XV—XVIII, im Kellergeschosse der Markthalle, b. Abtretung von Areal zur Straße von der an der Gartenstraße gelegenen Parcelle Nr. 38 des Flurbuchs für Crottendorf, c. Verkauf von Areal an der Kirch-, früher Hauptstraße in Leipzig-Volkmarsdorf an Herrn Horn.**
IX. **Bericht des Bau-, Oekonomie-, Finanz- und Stiftungsausschusses über: Bestheilung des Kaufpreises für das an die hiesige Firma Brunert & Lehmann verkaufte, an der Arndt-, Wolfs- und Bayerischen Straße gelegene Areal an das Johannishospital und die Stadtgemeinde.**
X. **Bericht des Oekonomieausschusses über: Gewährung einer Vergütung für Wegeexpensaturen an die Gemeinde Stötteritz.**

Bekanntmachung.

Die **Asphaltirung** der **Fahrbahn des südlichen Theiles des Johannisplatzes** zwischen der Nürnberger und der Thalstraße soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Asphaltirung des Johannisplatzes"
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum 20. lfd. Mts. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 2. Mai 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ia. 2196. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die **Ausführung von Granitarbeiten** für die Fußwege in der **Carl Tauchnitz-Straße** auf deren Strecke von der Brücke bis zum Anschlusse an den bereits fertiggestellten Theil soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Granitarbeiten in der Carl Tauchnitz-Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 20. lauf. Mts. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 6. Mai 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie. 2251. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Ausführung von **Granitarbeiten** für die Fußwege in der **Carl Tauchnitz-Straße** auf deren Strecke von der Hedde- bis mit Kreuzung der Pestalozzi-Straße soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Granitarbeiten für die Fußwege in der Carl Tauchnitz-Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 20. lfds. Mts., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 6. Mai 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie. 2251. **Straßenbau-Deputation.**

Verkauf des Postgrundstückes in Bad Elster.

Das der Reichs-Postverwaltung gehörige, in Bad Elster an der Ecke der Post- und Königstraße gelegene Hausgrundstück mit Nebengebäude, Wagenschuppen und Garten, eingetragen auf Fol. 98 des Grund- und Hypothekenbuchs für Elster, Amtstheil, Brandkataster Nr. 91, soll

am Freitag, den 15. Mai 1891

in Bad Elster an Postamtsstelle — Zimmer des Postvorstehers — meistbietend versteigert werden.

Die Verkaufsbedingungen können bei dem Kaiserlichen Postamte in Bad Elster eingesehen und von demselben gegen Entrichtung der Schreibgebühren bezogen werden.

Der Verkaufstermin beginnt Vormittags 10 Uhr und wird nicht vor 12 Uhr Mittags geschlossen. Nach 12 Uhr Mittags werden neue Bieter nicht mehr zugelassen.

Die Besichtigung des Grundstückes kann auf vorherige Anmeldung bei dem Postamte in Bad Elster jederzeit in den Vormittagsstunden erfolgen.

Leipzig, 27. April 1891.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Zur Beaufsichtigung des von der **Chemnitzer Düngerabfuhr-Gesellschaft** zu besorgenden **Düngerabfuhrgeschäftes** und des **Grundeigenthums** in hiesiger Stadt soll ein **städtischer Beamter** mit einem **Jahresgehalt von 3000 ℳ** am 1. Juli dss. Js. angestellt werden.

Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung kurzen Lebenslaufs und ihrer Zeugnisse **bis 20. Mai dss. Js.** bei uns einreichen. Techniker, welche die Baugewerksmeisterprüfung bestanden oder schon eine ähnliche Aufseherstelle eingenommen haben, werden bevorzugt.

Chemnitz, den 25. April 1891.

Der Rath der Stadt Chemnitz.
Andrä, Dr., Oberbürgermeister. B.

Zum Schluß der Reichstagssession.

Wir stehen am Ende einer Reichstagssession, deren positive Ergebnisse nicht so schwer ins Gewicht fallen, als die begleitenden Umstände, unter welchen sich die Berathungen vollzogen haben. Die Berathungen über das Arbeiterschutzgesetz schreckten durch ihre Langwierigkeit und Langweiligkeit ab, erst gegen Schluß der Session kam in diese Berathungen wieder einiges Leben durch die kategorische Forderung der Socialdemokraten, daß der Grundgedanke für das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter die Gleichberechtigung beider sei, und daß alle Schranken, welche der vollen Bethätigung des Coalitionsrechtes der Arbeiter entgegenstehen, beseitigt werden müßten. Eine Folge dieser Auffassung war die Forderung, daß der Contractbruch nicht unter Strafe gestellt werden dürfe, daß dagegen der Arbeitgeber, welcher mit seinen Genossen Verabredungen über Entziehung oder Erschwerung der Arbeitsgelegenheit für bestimmte Arbeits-Kategorien treffe, zu bestrafen sei. Der darin enthaltene Widerspruch ist von den Socialdemokraten nicht anerkannt worden, um so mehr aber ist die öffentliche Meinung durch die Reichstagsverhandlungen darüber aufgeklärt worden, daß die Socialdemokraten nicht sowohl Gleichberechtigung für Arbeiter und Arbeitgeber, als die Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen beiden Parteien herbeiführen wollen. In dieser Beziehung waren die weit über Gebühr ausgedehnten Berathungen nicht ohne werthvolle Lehren für die Zukunft. Das Gesetz hat die Zustimmung der Socialdemokraten nicht gefunden, weil es ihren Ansprüchen nicht genügt, aber sie haben doch nicht in Abrede stellen können, daß es eine Verbesserung des bestehenden Zustandes gewährt. Um solche ist es den Socialdemokraten nicht zu thun, sie streben angeblich eine Veränderung an, welche nur auf einer neuen Grundlage verwirklicht werden könnte, eine solche ist aber nicht im Wege friedlicher Verhandlungen, sondern nur durch Gewalt zu erreichen. Die Theorie des Herrn Liebknecht, welche die Umwandlung der heutigen socialen Zustände durch ein einfaches Decret für möglich hält, kann nicht ernst genommen werden, sie ist nur erfunden, um dem Proletariat Sand in die Augen zu streuen. Der nicht ausgleichbare Unterschied zwischen dem socialistischen Programm und den Bestrebungen von Regierung und Volksvertretung besteht darin, daß jene eine neue Weltordnung aufrichten, diese die vorhandene den veränderten Verhältnissen anpassen wollen. Das Arbeiterschutzgesetz stellt eine wichtige Etappe auf diesem Wege dar und ist deshalb der Socialdemokratie ein sehr unwillkommenes Hinderniß für ihre Agitationen.

Von größer, vielleicht größerer Bedeutung für die Gesammtentwickelung als das Arbeiterschutzgesetz ist der **deutsch-österreichische Handelsvertrag,** welcher durch die Reichstagsverhandlungen wesentlich beeinflußt worden ist. Obwohl dieser Vertrag nicht der Gegenstand der Berathungen des deutschen Reichstages gewesen ist, so standen diese doch in fortdauernder Beziehung zu dem bevorstehenden Ereigniß, welches die politische Lage noch heute beherrscht. Die viertägigen Verhandlungen über die Getreidezölle standen in unmittelbarer Beziehung zu diesem Vertrage, und die Zweidrittel-Mehrheit, welche der Reichstag zu Gunsten der Aufrechthaltung der Getreidezölle erzielt hat, war bestimmend für den ganzen Verlauf der Session. Bei diesem Anlaß stellte es sich heraus, daß die Interessen-Vertretung weit mehr in Betracht kommt, als die der politischen Parteien. Die freisinnige Partei bemächtigte sich dieser Frage nur, um ihren politischen, lediglich auf Machterweiterung gerichteten Bestrebungen einen volksthümlichen Anstrich zu geben. Es wurde verschwiegen, daß die Freisinnigen die Interessen des beweglichen Capitals genau so vertreten wie die Conservativen die des unbeweglichen und ein Theil der Nationalliberalen die der Groß-Industrie, die freisinnige Partei nahm für sich den Ruhm in Anspruch, ausschließlich ideale Ziele zu verfolgen, während dem übrigen Parteien der Makel der Selbstsucht angeheftet wurde.

Es läßt sich kaum etwas Widerwärtigeres denken, als die Vertreter der Börsen-Interessen im Gewande der Unschuld daherschreiten zu sehen. Die vergangene Reichstagssession hat in dieser Beziehung das Höchste geleistet, was bisher vorgekommen ist. Wir erinnern uns noch des Schmerzensschreies, der aus dem Lager der Fortschrittspartei im Jahre 1871 ertönte, als zum ersten Mal der Antrag auf Einführung einer Börsensteuer gestellt wurde. Derselbe Geist beherrscht die Nachfolger der Fortschrittler, die Freisinnigen, noch heute, die Interessen der Börse sind die übrigen und Alles, was mit diesen nicht vereinbar erscheint, ist ihnen zuwider, fordert ihren schärfsten Widerspruch heraus. Der Reichskanzler hat es für unheimlich erklärt, der Bundesgenossenschaft der Freisinnigen bezichtigt zu werden, das hat aber nicht den gewünschten Eindruck hervorgebracht, nach bekannten Mustern bestehen die Freisinnigen darauf, diese Ablehnung durch Thatsachen wett machen zu können.

Die jetzt beendete Reichstagssession hat zwei Todesfälle von höchster Bedeutung zu verzeichnen: der Führer des Centrums, **Windthorst,** ist am 13. März aus dem Kreise seiner Parteigenossen abberufen worden, und am 24. April hat der unerbittliche Tod auch der Laufbahn des Mitbegründers der deutschen Einheit, des großen Menschen und Strategen Moltke ein Ziel gesetzt. Von größerem Einfluß auf die parlamentarischen Verhältnisse ist unzweifelhaft der Tod Windthorst's gewesen. Die außerordentliche und auf die ganze Welt zurückwirkende Bedeutung des Todes Moltke's ist durch Zeugnisse von allen Seiten bestätigt. Es ist bisher nicht möglich gewesen, die Folgen des Todes Windthorst's zu ermessen, es hat sich nur bei jedem schärfer hervortretenden Anlaß gezeigt, daß ein Ersatz für den ehemaligen Centrumsführer nicht gefunden ist und daß er auch nicht gefunden werden wird. Moltke war niemals Parteimann, er hat stets die Lage nur vom allgemeinen Gesichtspuncte aus erfaßt und danach zu ihr Stellung genommen. Aber der Reichstag entbehrt seit dem Tode Moltke's einer Autorität auf militairischem Gebiete, welche die Zustimmung des deutschen Volkes in seiner großen Mehrheit von vornherein für sich hatte.

Wir schließen unsern Rückblick auf die Reichstagssession mit dem Wunsche, daß sich aus ihr volle Klarheit über die Ziele, die wir anstreben, entwickeln möge. Die sociale Frage beherrscht die gegenwärtige Lage, aber ihre Lösung ist um ein Beträchtliches näher gerückt. Der Stand dieser Frage kann nicht nach den Aeußerungen der socialdemokratischen Führer gemessen werden, sondern nur nach den Wirkungen, welche die Bestrebungen der verbündeten Regierungen auf der einen Seite, der socialdemokratischen Agitation auf der andern hervorbringen. Wir streben nach einem Zustande, welcher den Frieden nach außen und im Innern fördert und befestigt. Die vergangene Reichstagssession hat für beide Bestrebungen sehr beachtenswerthe Ergebnisse geliefert. Wenn wir ein der Dauer fähiges Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aufgerichtet und die Beziehungen der Völker unter einander auf ersprießliche handelspolitische Grundlagen gestellt haben, so ist damit das Ziel der Sicherstellung des inneren und äußeren Friedens erreicht. Früher lautete die Losung „Politische Macht", heute „intellectuelle und materielle Wohlfahrt". *

Leipzig, 10. Mai.

* Wie aus Berlin gemeldet wird, sieht der vom Bundesrath angenommene und dem Reichstage demnächst zugehende Nachtragsetat u. A. zwei neue Geheimrathsstellen für das Reichsversicherungsamt vor, mit denen der Vorsitz je einer Recursabtheilung verbunden ist und die mit Juristen zu besetzen sind. In den Kreisen der Industrie empfindet man es schmerzlich, daß auch bei diesem Anlaß eine Vermehrung der technischen Mitglieder unterlassen werden soll. Wie allgemein verlautet, erregt das völlige Ueberwiegen des juristischen Elements im Reichsversicherungsamt in weiten Kreisen ernste Bedenken. Eine angemessene Vermehrung der technischen und mit dem Wirthschaftsleben vertrauten Mitglieder und deren Heranziehung zum Vorsitz in Recursabtheilungen wird in der Industrie als ein dringendes Bedürfniß empfunden. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Reichstag sich dieser berechtigten Wünsche annimmt und damit einen Theil der Erwartungen erfüllt, die angesichts der Haltung der meisten Redner bei der zweiten Lesung des Etats gehegt werden dürften.

* Ueber die speciellen Gründe für das militairische Gepränge bei der Eröffnung der internationalen Kunst-Ausstellung in Berlin wird dem „Hamburger Correspondent" geschrieben:

Der Kaiser wünschte, der Kunst und den inländischen und ausländischen Vertretern der Künstlerschaft eine besondere Ehre zu erweisen, und befahl deshalb ein militairisches Schauspiel, wie es bei hochfestlichen Gelegenheiten stattzufinden pflegt. Dieselbe Absicht führte auch zu dem Festmahl im Neuen Palais bei Potsdam, das auch dadurch einen besonderen Charakter erhielt, daß neben den Vertretern der Kunst die höchsten Staats- und Hofwürdenträger, wie der Reichskanzler v. Caprivi und der Hausminister v. Wedell, geladen waren.

* Die „Hamburger Nachrichten" übernehmen folgende Aeußerung aus dem „Schwäbischen Merkur":

„Unter den in der Presse umlaufenden Vermuthungen über die Gründe, weshalb Fürst Bismarck der Leichenfeier Moltke's ferngeblieben ist, halten wir die natürlichste Erklärung dieser Thatsache vermißt. Jedem Kenner militairischer und höfischer Verhältnisse wird es klar sein, daß Fürst Bismarck an dieser militairischen Feier nur auf Grund eines Befehls, einer Einladung oder einer Hofanlage theilnehmen konnte."

Bisher hatte man angenommen, daß Se. Durchlaucht als Ritter des Schwarzen Adlerordens gleich allen anderen Rittern des Hohen Ordens geladen worden sei. Es ist jedenfalls bemerkenswerth, daß die „Hamburger Nachrichten", wie aus der Uebernahme dieser Notiz hervorgeht, diese Annahme als einen Irrthum betrachten.

* Im „Rheinischen Courier" war kürzlich Folgendes zu lesen:

Die „Hamburger Nachrichten" sind russenfreundlich schon lange vor ihrer Verbindung mit dem Exkanzler gewesen. Daß die Feindseligkeiten, von denen das Blatt gegen Oesterreich überfließt, hiernach nothwendig die Folge der engen Beziehungen zu Friedrichsruh sind, kann man nicht ohne Weiteres behaupten.

Dazu bemerken die „Hamburger Nachrichten":

Wir finden das auch, zumal — wie wir schon oft genug hervorgehoben haben — unser Blatt in Hamburg und nicht in Friedrichsruh redigirt wird. Was den von uns neulich publicirten Artikel über die österreichische Armee betrifft, so war durch Form und Inhalt desselben die Vermuthung einer anderen als der von uns angegebenen Provenienz derart ausgeschlossen, daß diejenigen Blätter, welche sie dennoch ausgesprochen haben, entweder ihr Urtheil oder ihre Ehrlichkeit stark compromittirt haben.

Die „Hamburger Nachrichten" theilen bei dieser Gelegenheit noch folgende ihnen von betheiligter Seite zugegangene Zuschrift mit:

„Wenn es sich bewahrheitet, was telegraphisch aus Wien verlautet, daß der dortige deutsche Militair-Attaché dienstlich dem österreichischen Kriegsministerium sein „tiefes Bedauern und seine Entrüstung" über die Broschüre „Offene Worte über die österreichisch-ungarische Armee" ausgesprochen hat, so dürfte dies beweisen, daß an der Thatsächlichkeit der gerügten Mißstände kaum zu zweifeln ist; in anderem Falle würde man sich schwerlich so beeilt haben, den Verdacht zu entkräften, es liege hier eine officiöse Meinungsäußerung vor. Dieser Verdacht könnte nur durch den Inhalt der Broschüre hervorgerufen sein; denn der Autor hat mit keiner Silbe behauptet, mehr als die Privatmeinung eines Fachmannes zu bieten. Die Wiener Blätter, welche die Gelegenheit benutzen, um den Reichsdeutschen an diesem Beispiele „Gradlinigkeit, Freimüthigkeit, Ueberhebung, Oberflächlichkeit" vorzuwerfen, sollten übrigens etwas vorsichtiger sein. Wie, wenn es sich herausstellte, daß der Autor der Broschüre hohen österreichischen Kreisen angehörte und es plausibler Weise vorgezogen hätte, seinen Landsleuten die bitteren Wahrheiten in der Rolle eines Reichsdeutschen zu bieten, um sie wirksamer zu machen?"

Schließlich bemerken die „Hamburger Nachrichten":

Was die „Feindseligkeit unseres Blattes gegen Oesterreich betrifft, von welcher der „Rheinische Courier" redet, so besteht sie nur in der Phantasie des Wiesbadener Blattes. Unser Bestreben geht dahin, in wohlverstandenem Interesse Deutschlands gute Beziehungen zu Rußland so lange als möglich pflegen und gegen österreichische Ansprüche dann Stellung zu nehmen, wenn sie deutsche Interessen nach unserem Ermessen zu verletzen drohen, einerlei ob es sich dabei um Zolltarifpositionen oder um Versuche handelt, die deutsche Politik für specifisch österreichische Balkanprojecte zu engagiren. Bei Veröffentlichung des streitlichen Artikels über die österreichische Armee war für uns entscheidend, daß es für Deutschland nützlich ist und den Werth des Bündnisses mit Oesterreich nur erhöhen kann,